

# **Die Beendigung des Steinkohlenbergbaus in Deutschland**

–

## **Regionalwirtschaftliche Auswirkungen**

75jähriges Jubiläum Stadt Marl  
„die Insel“ – VHS Marl, 18. Febr. 2011

Prof. Dr. Franz-Josef Wodopia

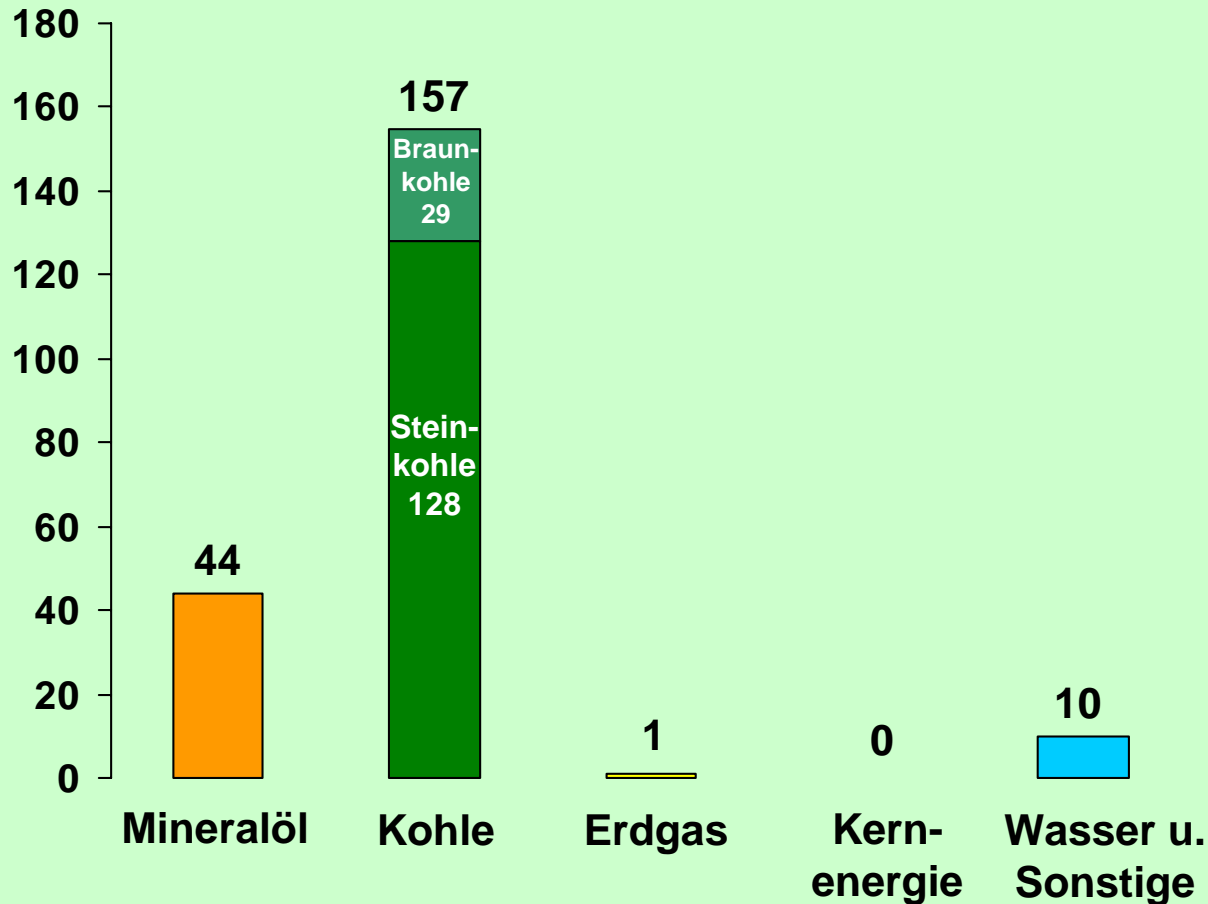
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Gesamtverband Steinkohle e. V.

# Primärenergieverbrauch in Deutschland (alte BL) 1960 (Steinkohlenanteil: 60 %)

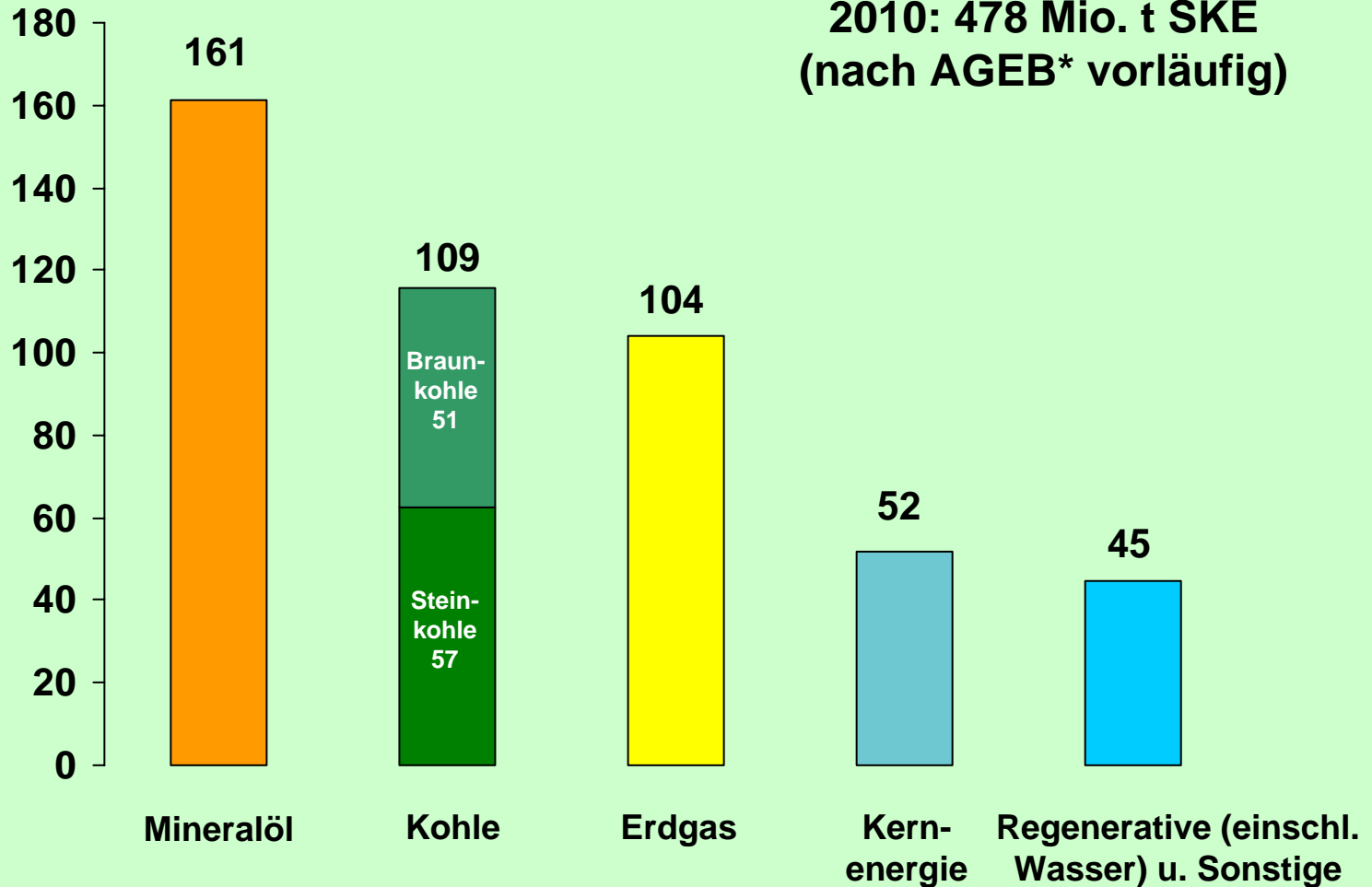
Mio. t SKE

1960: 212 Mio. t SKE



# Primärenergieverbrauch in Deutschland heute (Steinkohlenanteil: 12 %, heimische Steinkohle 3 %)

Mio. t SKE

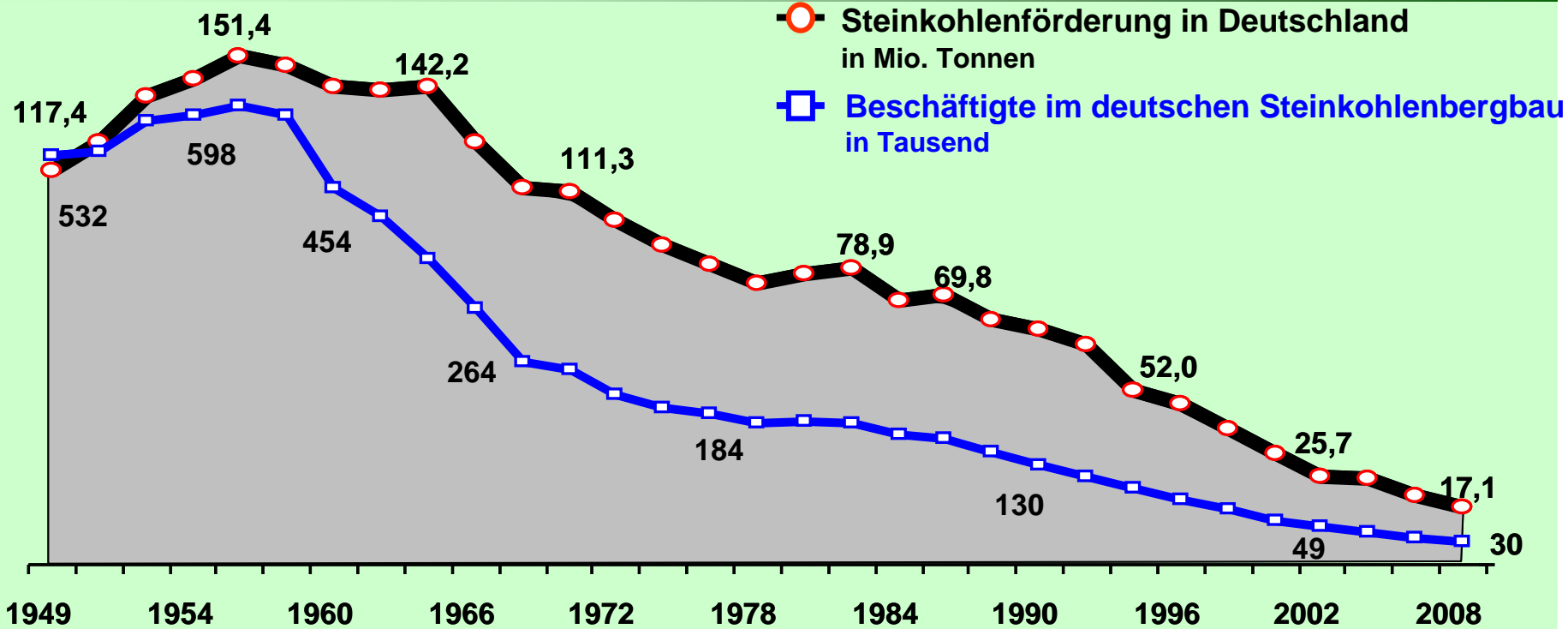


Quelle: \*) Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

GVSt 1/2011

# Deutscher Steinkohlebergbau

## Motor des Wiederaufbaus nach dem Krieg



Motor des Wiederaufbaus 1947



EGKS-Vertrag - Basis der EU

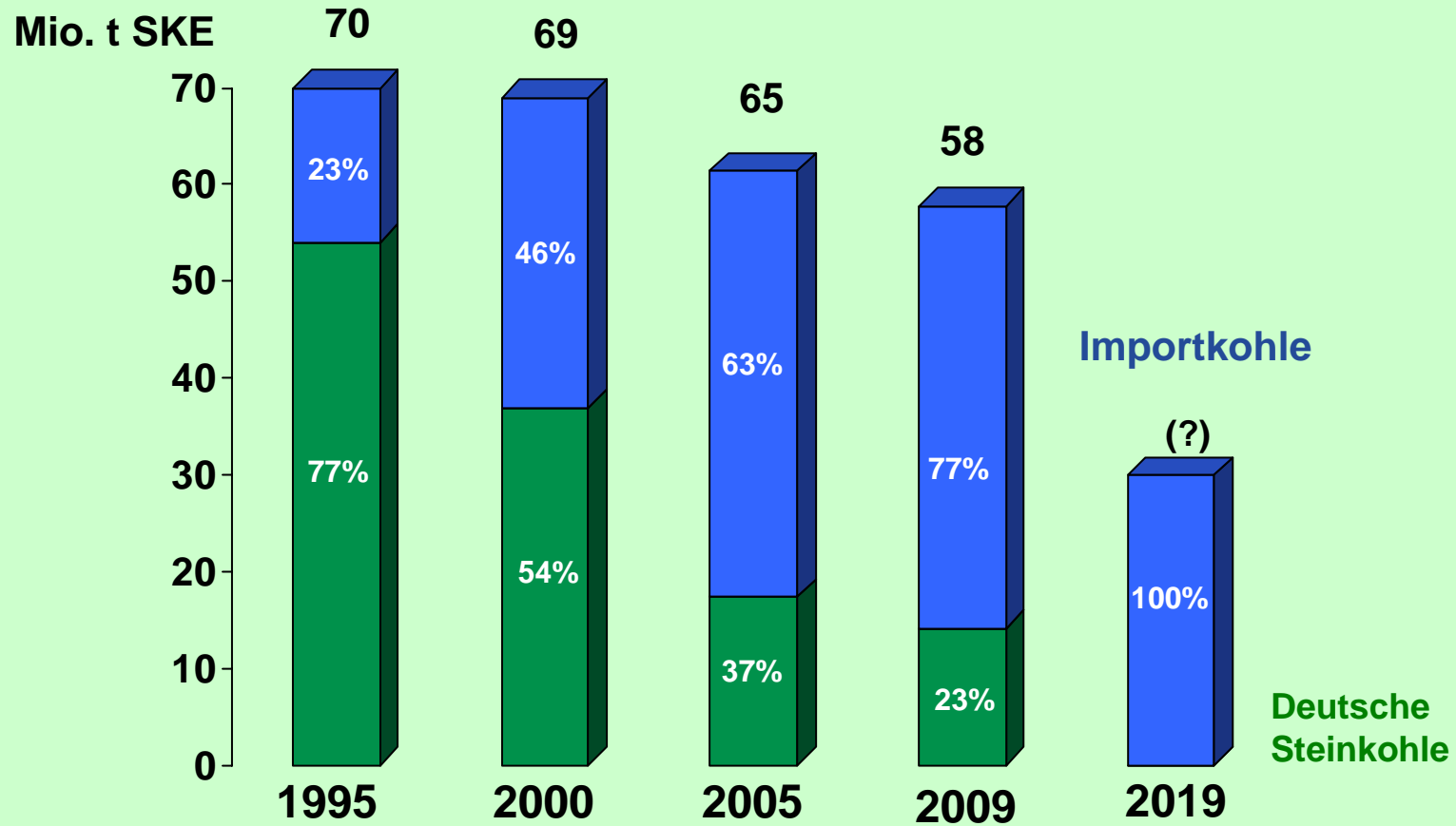


Kohlenkrise/Gründung RAG 1969



Zukunft bis 2018

# Strukturwandel im Verbrauch heimischer und importierter Steinkohle in Deutschland

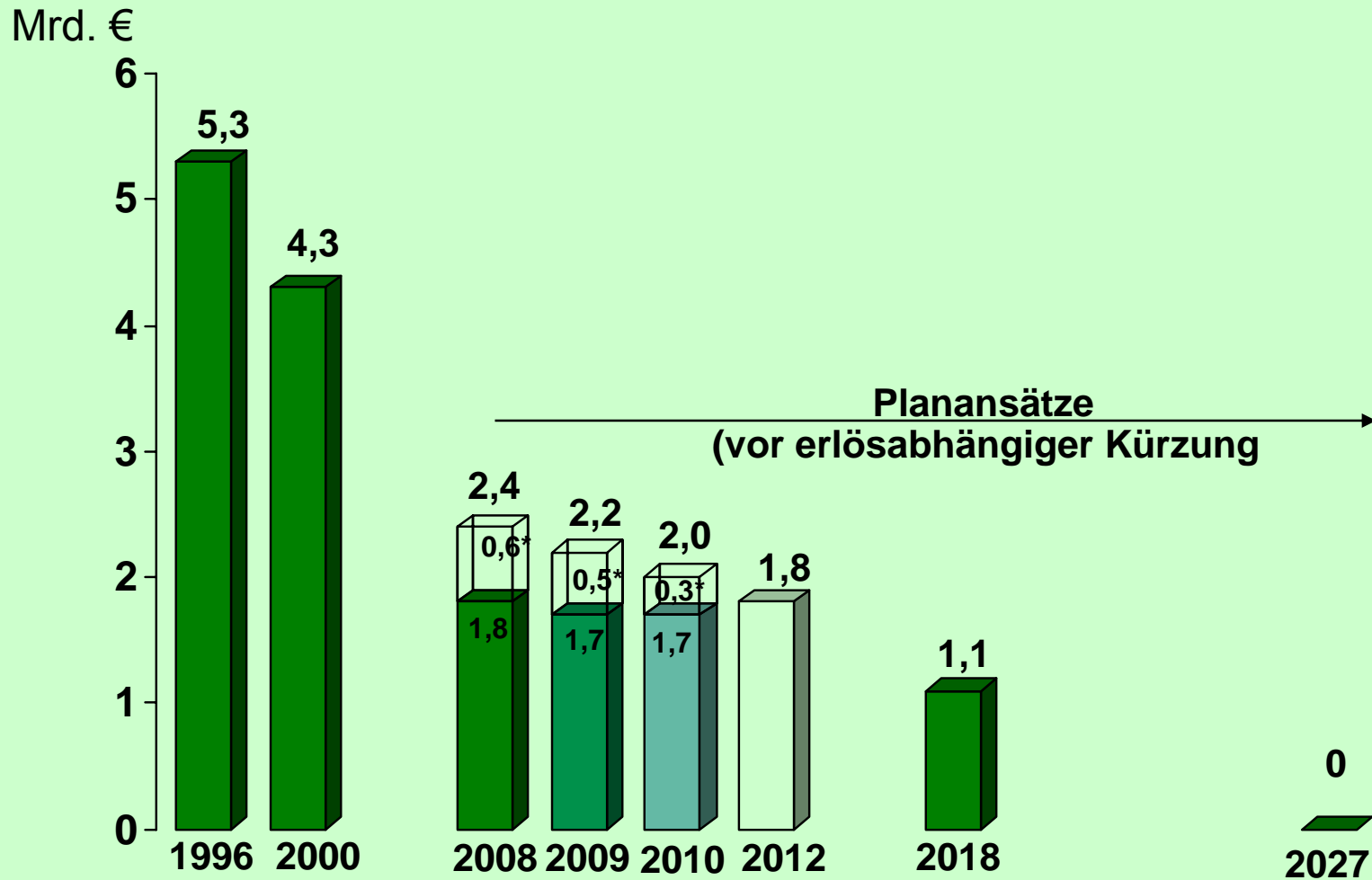


§1, Absatz 1:

*Die subventionierte Förderung der Steinkohle in Deutschland wird zum Ende des Jahres 2018 beendet.*

§1, Absatz 2: *„Die Bundesregierung leitet dem Deutschen Bundestag bis spätestens 30. Juni 2012 einen Bericht zu, auf dessen Grundlage der Deutsche Bundestag unter Beachtung der Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit, der Sicherung der Energieversorgung und der übrigen energiepolitischen Ziele prüft, ob der Steinkohlenbergbau weiter gefördert wird. Der Steinkohlenbergbau und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) werden angehört. Dem Bericht sind Gutachten anerkannter Wirtschaftsforschungsinstitute zugrunde zu legen und beizufügen.“*

# Rückgang der öffentlichen Hilfen für die deutsche Steinkohle



Ohne RAG-Eigenanteil, \* erlösabhängige Kürzung

Bis 2008: gemäß Zusagen aus den kohlepolitischen Vereinbarungen 2003 (ohne Berücksichtigung der zeitlichen Zahlungsverchiebungen); ab 2009 Planansätze gemäß Rahmenvereinbarung 2007; 2018 unter Vorbehalt der Revision in 2012; ab 2019: keine Absatzhilfen

GVSt 2/2011





## ■ Ausgangslage:

- Geltungsdauer der Ratsverordnung aus dem Jahr 2002 endete am 31.12.2010;
- Betriebsbeihilfen für den Zugang zu Steinkohlevorkommen zulässig.

## ■ Neuer KOM-Vorschlag:

- definitive Stilllegung nicht-wettbewerbsfähiger Steinkohlenbergwerke bis zum 1.10.2014 (Vorentwürfe: 2018 bzw. 2022);
- Betriebsbeihilfen nur noch mit entsprechend scharfer Degression (33% in jeweils 15 Monaten) zulässig;
- zusätzliche Umweltmaßnahmen „zur Milderung der ökologischen Folgen“ nötig.

- **Langjährige Ausnahmeregelung für Steinkohle endlich beenden;**
- **letzte Verordnung sei definitiv die letzte gewesen;**
- **subventionierte Steinkohle leiste zur Versorgungssicherheit keinen wesentlichen Beitrag mehr;**
- **Beihilfen trotzdem wettbewerbswidrig;**
- **Verstoß gegen Umwelt- und Klimaziele der EU;**
- **Entlastung der Staatshaushalte und Steuerzahler wünschenswert;**

- Letzte Verordnung sah kein Auslaufen Ende 2010 vor;
- Sozialverträglichkeit bei Auslauf 2014 in Deutschland nicht mehr zu gewährleisten: Massenentlassungen drohen (6.800 direkt im Steinkohlenbergbau, fast 9.000 im wirtschaftlichen Umfeld);
- Auslauf 2014 widerspricht kommissionseigener Abschätzung der sozialen und regionalen Folgen;
- Keine Einsparung für öffentliche Haushalte, sondern Mehrbelastung durch Folgekosten der Arbeitslosigkeit (2 Mrd. €);
- Wettbewerbseinfluss unwesentlich;
- kein ökologischer Vorteil, da heimische Steinkohle durch Importkohle ersetzt wird;

# Formaler Weg zur Ratsentscheidung am 10. Dezember 2010

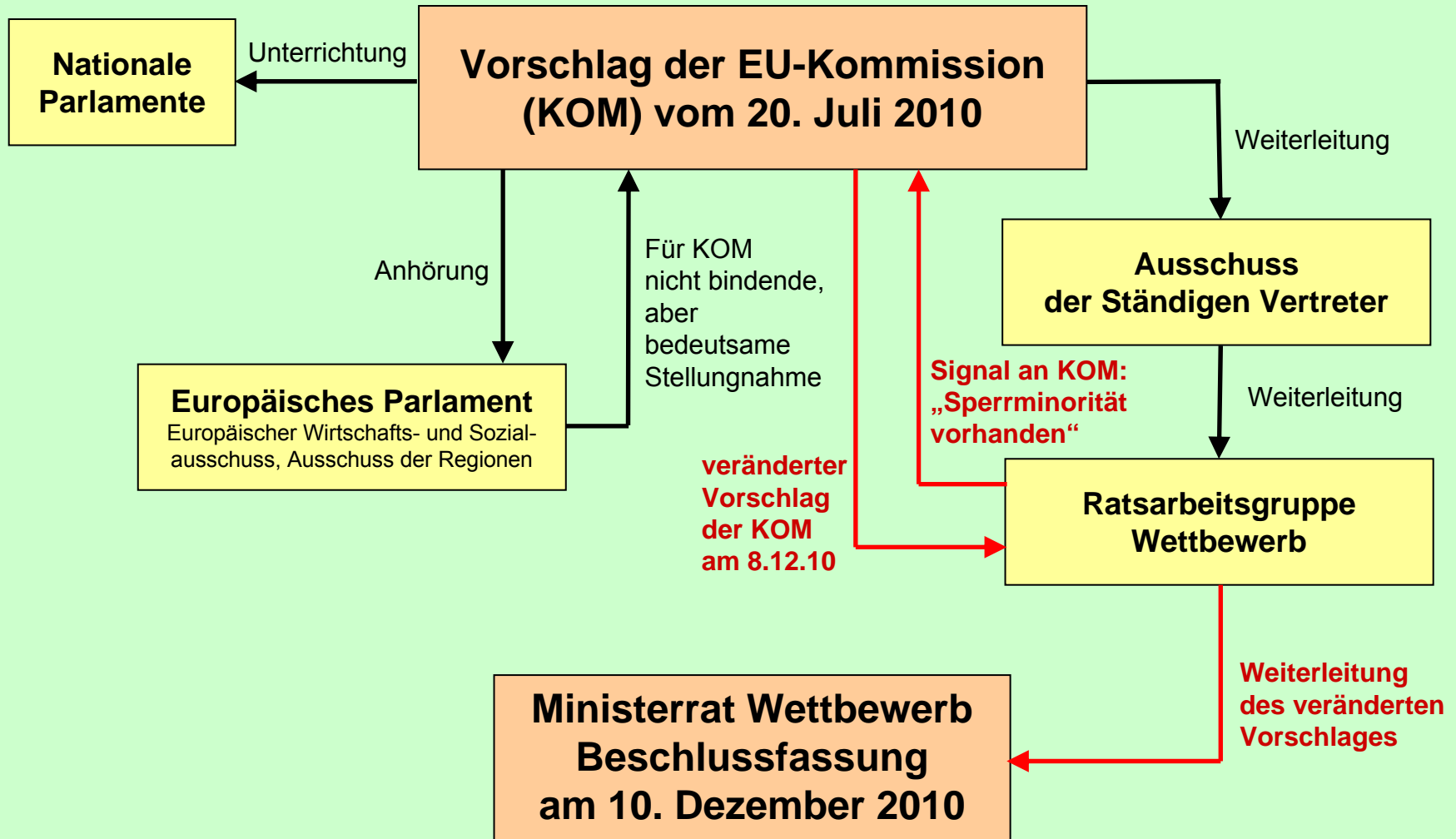




Schaubild: RAG

# EU-Steinkohlebeihilfen-Entscheidung

## Termine

- 27.10.2010 Union und FDP einigen sich darauf, das Ausstiegsdatum 2018 in Brüssel zu vertreten
- 04.11.2010 Gespräch BMWi, RAG-Stiftung, RAG und IG BCE
- 11.11.2010 Gespräch mit Minister Pofalla unter Beteiligung von BMWi, BMF, NRW, Saarland, IG BCE, RAG-Stiftung u. RAG
- 12.11.2010 Ausschuss der Ständigen Vertreter
- 23.11.2010 Stellungnahme des Europäischen Parlaments
- 01.12.2010 Ausschuss der Ständigen Vertreter
- 08.12.2010 Sitzungen der EU-Kommission und des Ausschusses der Ständigen Vertreter
- 10.12.2010 EU-Ministerrat Wettbewerbsfähigkeit



Schaubild: RAG

## **Begründung Kabinettsbeschluss vom 17.11.10 zur Streichung der Revisionsklausel:**

Eine Überprüfung in 2012 würde nicht zu anderen Ergebnissen kommen als gegenwärtig.

### **PM Bundesregierung:**

*„Mit der Aufhebung der Revisionsklausel stellt die Bundesregierung die historische Bedeutung des Steinkohlenbergbaus für Deutschland nicht in Frage. Der Bergbau hat einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes gelistet. Er hat weite Regionen – vor allem in Nordrhein-Westfalen und im Saarland geprägt. Die Bergleute können mit Stolz auf ihre Leistung blicken.“*

- **In Kraft getreten am 1.1.2011, Laufzeit bis 31.12.2027;**
- **„Stilllegungsbeihilfen“ (zur Deckung der Verluste aus laufender Produktion), dürfen bis 31.12.2018 gewährt werden;**  
**Voraussetzung: Plan zur definitiven Stilllegung;**
- **Stringente Degressionslinie für „Stilllegungsbeihilfen“**
- **Zusätzlich: Plan zur Milderung der ökologischen Folgen der Kohleproduktion;**
- **Beihilfen zur Deckung außergewöhnlicher Kosten (Altlasten) des stillgelegten Steinkohlenbergbaus bis 2027 zulässig.**



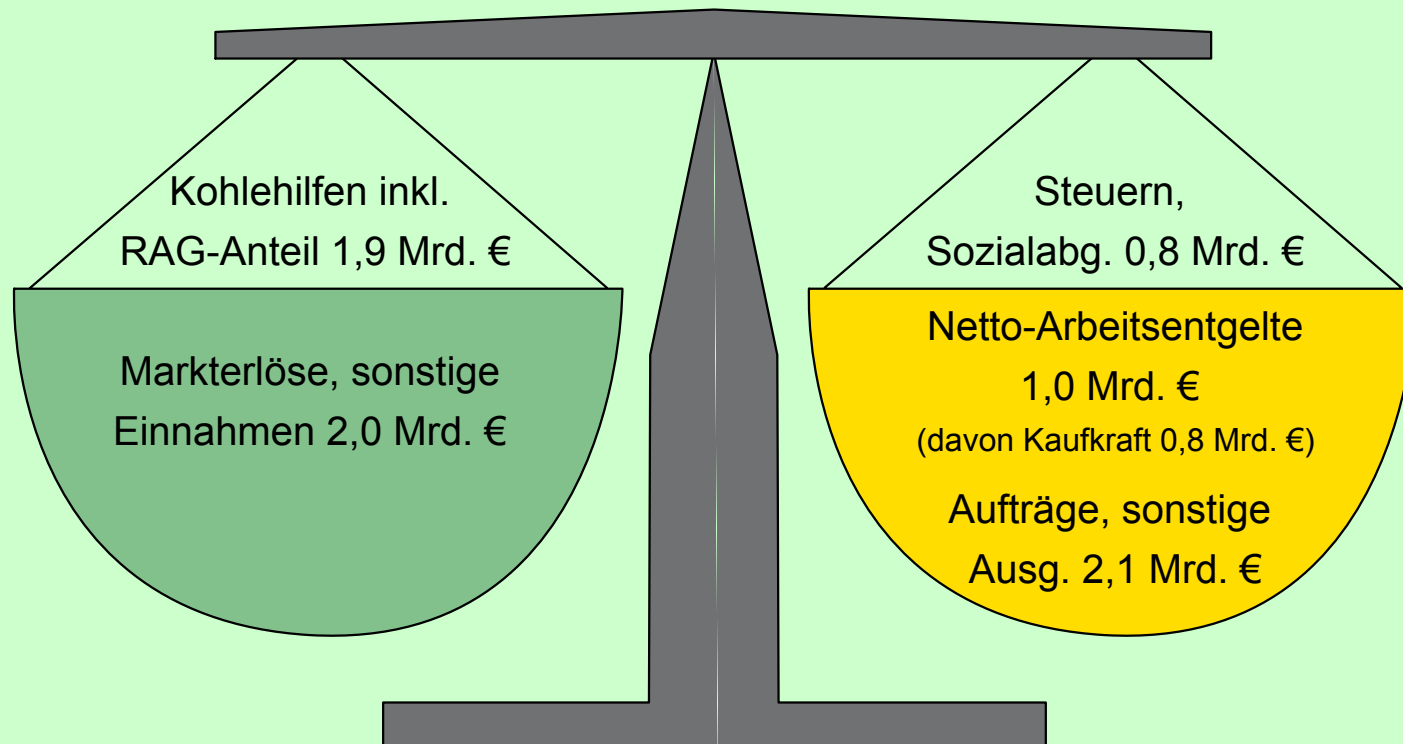
- **Behandlung im Wirtschaftsausschuss und Finanzausschuss des Bundesrates am 27.1.2011**
- **1. Beratung Bundesrat am 11.2.2011. Der BR hat beschlossen, keine Einwendungen zu erheben**
- **Evtl. Gegenäußerung Bundesregierung am 16.2.2011 kann entfallen**
- **1. Lesung Bundestag (BT) am 24.2.2011**
- **Behandlung im zuständigen BT-Ausschuss am 16.3.2011**
- **2./3. Lesung Bundestag am 18.3.2011**
- **31.3.2011: Beratung im Wirtschaftsausschuss Bundesrat**
- **2. Beratung Bundesrat am 15.4.2011**

**Geld für Mitarbeiter, Firmen und Staat:**

**Nur Kohleförderung bringt Umsätze und sichert Aufträge an Dritte**

**Steinkohle 3,9 Mrd. €**

**Steinkohle 3,9 Mrd. €**



## Wo der Bergbau einkauft

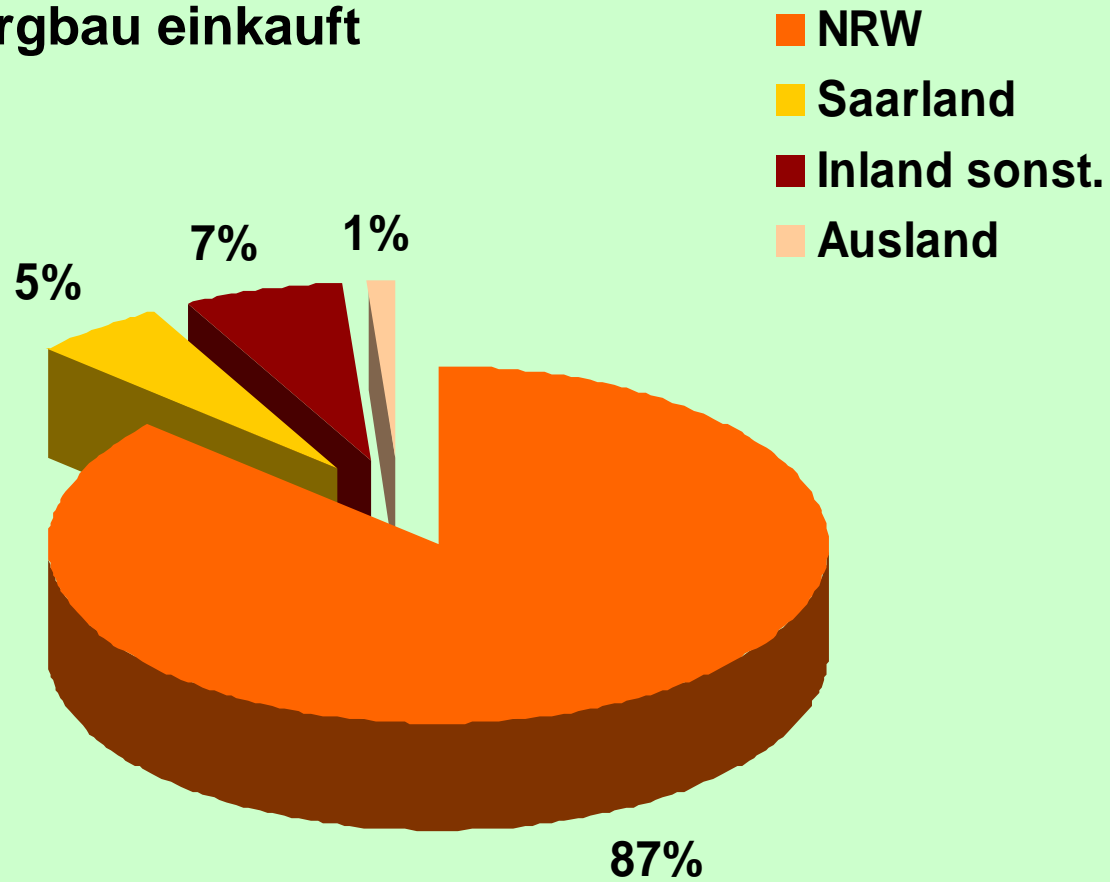


Schaubild: RAG

Stand 2009: **1.097 Mio. Euro (ohne MwSt.)**

**RAG Deutsche Steinkohle AG: 24,8 Mio. €**  
**davon BW AV: 5,8 Mio. €**

## Bestellvolumen umsatzstärkste Firmen

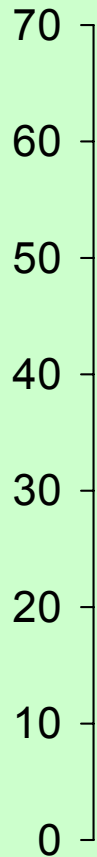
- > **1 Mio. €**
  - Becker Electronics GmbH
  - quick-mix Osnabrück GmbH & Co. KG,  
Werk Marl Berg- u. Tunnelbau
  - Becker Service GmbH
  
- < **1 Mio. €**
  - EMSYS GmbH
  - Oldorid Kunststoffe GmbH
  - ME Engineering GmbH



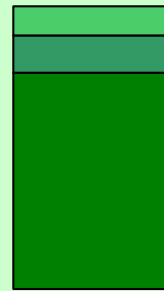


# Beschäftigungseffekte des deutschen Steinkohlenbergbaus nach Regionen (aktualisiert)

Tausend

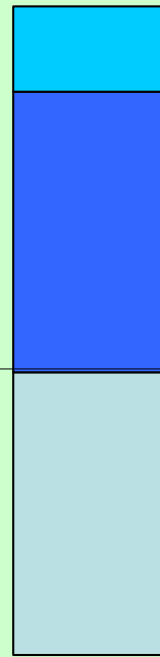


**Bergleute  
in den Revieren  
2010**



Ibbenbüren  
Saarrevier  
  
Ruhrevier

**Bundesweit vom  
Bergbau abhängig  
Beschäftigte**



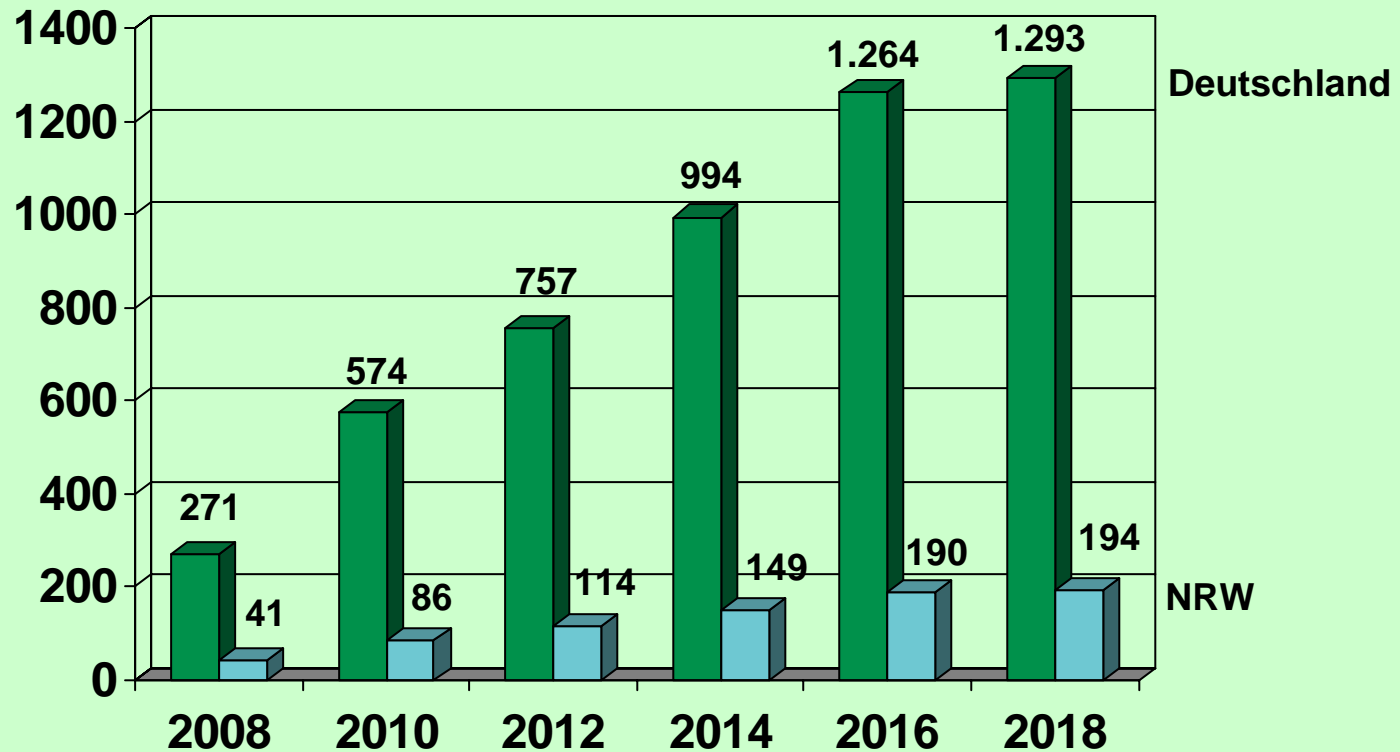
außerhalb  
der Reviere  
  
in den Revieren  
  
Bergleute  
in den Revieren

**Zusätzlich  
bergbauabhängig  
Beschäftigte:  
  
Faktor 1,3**



# Prognos-Studie: Fiskalische Folgekosten bei einem Auslauf des Ruhrbergbaus in 2018

Mio. €/ Jahr\*



\* Mindereinnahmen / Mehrausgaben aller öffentlichen Hände, hier nur für Ruhrbergbau (d.h. ~ ¾)

Quelle: Prognos-Studie, 2007

# Prognos-Studie 2007: Fiskalische Folgekosten Gesamtauslauf bei unterschiedlichen Arbeitsplatzerersatzraten

Arbeitsplatz- Ersatzrate p. a.	Arbeitsplatzver- luste in 2018	Fiskalische Folgekosten 2007-2018	Fiskalische Folgekosten 2007-2018*
	NRW	NRW	Deutschland
0% (Status quo mit historischem Normaltrend)	- 43.726	1,43 Mrd. €	9,54 Mrd. €
2,25% (realistisch)	- 37.390	1,30 Mrd. €	8,57 Mrd. €
4,5% (Referenzfall UK)	- 32.963	1,18 Mrd. €	7,71 Mrd. €
9%	- 25.054	0,99 Mrd. €	6,25 Mrd. €

**Zum Vergleich: Subventionsersparnis bei Auslauf 2018**

**bis dahin rd. 6 Mrd. €**

Quelle: Prognos, 2007



## - Gemeinsamkeiten:

- Beide Regionen maßgeblich von traditionellen Industrien geprägt.
- Beide bildeten mit ihrer Industrie auch die Basis für das Wirtschaftswachstum nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und für den europäischen Integrationsprozesses
- Mit den Kohle- und Stahlkrisen – in mehreren Wellen, beginnend Ende der 50er Jahre – gerieten beide Regionen unter starken Anpassungsdruck

Quelle: P. Friedemann und K. Lauschke

## **Ruhrgebiet :**

- 1. Sehr dicht besiedelter Ballungsraum,**
  - mit mehreren Zentren und
  - ausgeprägter Konkurrenz unter den Großstädten des Reviers.
- 2. Keine selbständige administrative Einheit; weitgehend von außen verwaltet.**
- 3. Lange Zeit monostrukturelle Ausrichtung auf den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie.**
- 4. Andere Branchen hatten es anfänglich schwer, sich hier anzusiedeln, insbesondere Dienstleistungsunternehmen.**

## **Nord-Pas-de-Calais:**

- 1. Ländlich-kleinstädtischer strukturiert als das Ruhrgebiet,**
  - Ballungszentrum Lille-Roubaix-Tourcoing
  - Küsten- und Grenzlage.
- 2. Seit 1972 bildet die Region eine der Regionen Frankreichs mit begrenzten Selbstverwaltungsrechten.**
- 3. Lange wirtschaftliche Tradition auch dank des Textilgewerbes, die bis weit in die vorindustrielle Zeit zurückreicht.**
- 4. Im Vergleich zum Ruhrgebiet ist die Region von vornherein diversifizierter gewesen.**

## - Gemeinsamkeiten:

- **Industrialisierung und Strukturwandel sind regionale Phänomene**
- **Besondere Standortfaktoren (Rohstoffvorkommen, Infrastruktur) bestimmen die Entwicklungsmöglichkeiten einer Region, grenzen sie aber auch ein**
- **In der Krise wurden aus vormals günstigen Standortfaktoren Barrieren für eine wirtschaftliche Neuausrichtung der Region**
  - es sind also nicht – wie häufig unwissenschaftlich behauptet – die Branchen Kohle und Stahl, die den Strukturwandel behindern,
  - sondern sie sind Resultanten von Standortfaktoren
- **Die Regionen wurden so zu „Gefangenen“ ihres früheren Erfolgsmodells.**

- **Hightech-Unternehmen lassen sich nicht an jedem beliebigen Ort ansiedeln, sondern können sich je nach ihren Besonderheiten nur in einem geeigneten Umfeld entfalten:**
  - Materielle Standortfaktoren wie geeignete Gewerbeflächen;
  - qualifizierte Arbeitskräfte;
  - anwendungsorientierte Forschung mit Bezug zu den praktischen künftigen Bedarfen von Unternehmen in der Region
  - Günstige sozioökonomische und kulturelle Faktoren wie Einstellungen und Mentalitäten (z. B. Bildungsmotivation und Bereitschaft zur beruflichen Mobilität)
- **Der erfolgreiche Strukturwandel in einer Region hängt von mehr als nur materiellen Faktoren ab, insbesondere auch von den jeweils prägenden gesellschaftlichen Strukturen - der Partizipation der Betroffenen und den Mitbestimmungsmöglichkeiten**

- **„Zukunftsträchtige“ Branchen können nicht á la Carte angesiedelt werden;**
- **Die „reale Wirtschaft“, d.h. die industrielle Produktion, ist „zukunftsträchtig“, wie die Krise der Finanz- und Dienstleistungswirtschaft zeigte;**
- **Wirtschaftliche Neuausrichtung muss an den alten Standortfaktoren und damit den Stärken einer Region ansetzen, statt diese in Frage zu stellen.**

# „Grüne RAG“

**Grubengas**



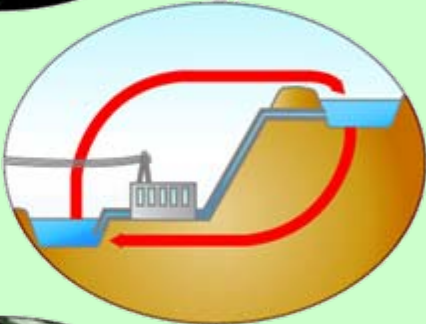
**Umweltengineering**



**Erdwärme**



**Pumpspeicher**



**Windenergie**



**Grubenwasser**